

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis:** Im Monat einschließlich Fringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).  
Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Lauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18608.

**Inseratenpreise:**  
Die 7gespaltene Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Kleinaufträge 0.25 Mk.  
Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer zehh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Gründliche rechtssozialistische Niederlage in Berlin.

### Ellernbeiratswahlen in Berlin. Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei den Ellernbeiratswahlen in Berlin wurden nach den bisherigen Feststellungen 1178 U.-S.-P.-Kandidaten, 317 S.-P.-D.-Mitglieder und 1158 Christliche gewählt. Es handelt sich dabei um das Resultat von 12 bei insgesamt 17 Bezirken.

In 9 Bezirken, in denen ebenfalls gewählt wurde, brachte die U. S. P. 102 Mandate durch, die S. P. D. 21 und die Christlichen 134.

Das Ergebnis zeigt deutlich, zu welcher Bedeutungslosigkeit die Rechtssozialisten in Berlin herabgesunken sind.

### Der feige leugnende Hohenzoller.

Der verhaftete Prinz Joachim Albrecht bestritt nach einer Weislichen Meldung weiter jede Schuld. Sehr beäufend sind für ihn die Aussagen zweier Zeugen. Verschiedene Gäste erklären dagegen, nichts von einem Angriff des Prinzen auf die Franzosen gesehen zu haben. Der Prinz ist gestern nachmittags auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft dem Ersten Staatsanwalt Wehmann übergeben worden, der die Untersuchung der Angelegenheit weiterführen wird.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt gibt Bekundungen wieder, die Graf Metternich, der Augenzeuge der Vorgänge im Hotel Adlon war, bei seiner Vernehmung vor dem Staatsanwalt gemacht hat. Die Aussage ergibt einwandfrei, daß der Hohenzoller (der noch immer seine keine Beteiligung leugnet) den Schandtag begann. Er rief sofort, als die Kapelle Deutschland, Deutschland über alles zu spielen begonnen hatte: „Aufpassen oder hinausgehen!“ und warf dann als erster mit einem Kleiderbusch nach den Franzosen. Nachdem dann ein anderer Graf als erster ein Glas geschleudert hat, warf auch der Prinz sein Glas nach den Franzosen, das dicht neben der Gattin des Kapitäns Klein hinfiel, dabei die Worte brüllend: „Hinaus mit den Schweinen! Schlagt die Hunde tot, wenn sie nicht hinaus wollen!“ Vergebens suchte ihn Graf Metternich zur Besinnung zu bringen. Es kam zur allgemeinen Schlägerei. Graf Metternich ließ dann noch hervor: Der Kapitän Rougevin, der offenbar Schläge erhalten hatte und fast ohnmächtig war, wurde von zwei Kellnern weggezogen. Im Kleinen Durchgangsaal, der von der Gardekoche zu den Speisekellern führt, brach er zusammen. Als er am Boden lag, sprang der Prinz von Hohenzoller, der in einem andern Saal dinstert hatte, heran, um seine Schutze aus und schlug dem auf der Erde liegenden Kapitän ins Gesicht. Als die Franzosen den Saal verlassen hatten, ging der Prinz Joachim Albrecht auf den Mittelmeister von Plathen, der sich eifrig an der Schlägerei beteiligte, zu und sagte ihm: „Schonmalige Abnen zu dem Sieg!“ Graf Metternich hat sich bereit erklärt, seine Aussagen auch zu bekräftigen.

### Nationalistische Ausschreitungen auch in Bremen.

Bremen, 9. März. (S. L. V.) Zu einem bedauerlichen Vorfall kam es gestern nachmittags hier auf dem Kasernenhof. Von der sich hier aufhaltenden Entente-Militärkommission begaben sich zwei höhere Offiziere in Militäruniform zu Verhandlungen in die Kaserne. Beim Betreten des Hofes saugen die dort anwesenden Soldaten „Deutschland, Deutschland über alles“. Infolgedessen sammelte sich eine größere Menschenmenge an. Als die Offiziere aus dem Kasernengebäude zurückkamen, wurden sie von der Menge angehalten und mißhandelt. Die inzwischen alarmierte Sicherheitspolizei zerstreute die Menge und brachte die Offiziere in ihre Quartiere. Die Untersuchung über diesen Vorfall ist sofort eingeleitet worden.

### Der fällige „vaterländische“ Mord.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der erregten Atmosphäre der ungarischen Hauptstadt erhält sich hartnäckig das Gerücht von einem bevorstehenden vaterländischen Mord, bei dem der Kaiserlicher Karl wieder auf den Thron gebracht wird. Der

### Monarchistische Putschpläne in Budapest?

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der erregten Atmosphäre der ungarischen Hauptstadt erhält sich hartnäckig das Gerücht von einem bevorstehenden monarchistischen Putsch, bei dem der Kaiserlicher Karl wieder auf den Thron gebracht wird. Der

Plan wird danach vom Ministerpräsidenten und vom Minister des Innern unterstützt. Der letztere hat an einen neutralen Diplomaten das Gesuchen gerichtet, einem gewissen Kaspar Kovacs nebst drei anderen Herren Weiserechtung nach Ungarn zu gewähren, und die Pässe sind auch tatsächlich ausgestellt worden. Karl Kovacs soll aber, wie der Vorwärts mitteilt, kein anderer sein als Karl Sabburg. Die anderen drei wären dann Herren seines Gefolges. Das Gerücht hat in republikanisch interessierten Kreisen nicht geringe Aufregung hervorgerufen.

### Bolschewistischer Vorstoß nach Beharabien.

Kopenhagen, 8. März. Die Stockholmer Zeitung Aftonbladet meldet, daß nach einem Telegramm aus Koval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Dniepr an mehreren Punkten überschritten hätten; sie würden bald in Beharabien einziehen. Die rumänischen Truppen seien geschlagen. In Rumänien hatte man die Lage sehr kritisch.

### Neuer irischer Überfall.

London, 7. März. Am Sonntag morgen griffen etwa hundert bewaffnete Leute die Polizeistation von Doon in der irischen Grafschaft Limerick mit Gewehrfeuer und Bomben an. Die Polizei erwiderte das Feuer. Nach einständigem Kampfe zogen sich die Angreifer zurück. Die Polizei erlitt keine Verluste.

### Eine schlechte Ausrede.

Die sächsische Regierung hat endlich die Sprache wiedergefunden, die ihr unsere Enthüllung über die unter-schlagene Aufhebung des Belagerungsstatus und des zunächst verschlagenen hatte. Nach mehreren Tagen tödlich verlegenen Schweigens hat sie endlich eine Ausrede gefunden. Eine zuständige Stelle hat die sächsische Presse mit der folgenden Neuerung versorgt:

Es ist richtig, daß der Reichspräsident die vorstehende Verordnung beschlossen hat, und zwar hat er das getan auf den ausdrücklichen Antrag der sächsischen Regierung, der aus einem Beschlusse des Gesamtministeriums vom 19. Dezember beruht. Die Verordnung ist aber nicht zur amtlichen Bekanntmachung gelangt, weil inzwischen die politische Lage im Zusammenhang mit den Unruhen in Berlin, insbesondere dem Straßenkampf vor dem Reichstagsgebäude und der kommunistischen Hege gegen das Betriebsrätegesetz, wieder in starke Spannung geraten war. Die Verordnung ist also nicht in Wirksamkeit getreten. Sie war von der Reichsregierung in der Druckstraße 1802 schon der Nationalversammlung mitgeteilt worden. Der Reichswehrminister hat aber der Nationalversammlung unter dem 28. Januar 1920 bekanntgegeben, daß mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Lage die Verlesung und damit das Inkrafttreten der Verordnung vom 3. Januar 1920, die den über den Preisstaat Sachien verhängten Belagerungsstatus aufhebe, im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten bis auf weiteres ausgesetzt worden sei.

Die Richtigkeit unserer Aufdeckung wird also nicht bestritten, die Verfügung des Reichspräsidenten, die den Belagerungsstatus aufhob, ist ergangen. Diese Verfügung ist von der sächsischen Regierung nicht bekanntgegeben und nicht vollzogen worden. Das steht fest. Die sächsische Regierung kann das nicht bestreiten, sie sucht nur den Sachverhalt zu verunkeln durch die Behauptung, die Verordnung sei nicht in Wirksamkeit getreten. Ihre Darstellung hat indes starke Mängel und Unwahrscheinlichkeiten. Am 3. Januar ist die Aufhebung des Belagerungsstatus erfolgt. Am 13. Januar war die Schieberei am Reichstag, die die sächsische Regierung als „Straßenkampf“ zu bezeichnen beliebt. Sollte der Amtschimmel zum Traß von Berlin nach Dresden zehn Tage gebrauchen? Oder hat die sächsische Regierung den „Straßenkampf“ heilschwerlich vorausgesehen? Wir erlauben uns die Annahme, daß die Verfügung des Reichspräsidenten vor dem 13. Januar in Dresden war, und wir haben schon ausgeführt, daß die sächsische Regierung kein Recht hatte, diese Anordnung zurückzuhalten. Was der Reichswehrminister später am 28. Januar der Nationalversammlung mitgeteilt hat, kommt dabei gar nicht in Frage. Die Verfügung des Reichspräsidenten vom 3. Januar konnte nur durch eine neue Verfügung des Reichspräsidenten aufgehoben werden. Wo ist die? Offenbar ist sie nicht vorhanden, denn sonst würde die sächsische Regierung nicht verschelen, sie schleunigst der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Es steht schlimm um die Sache der sächsischen Regierung. Ihre Ausrede läßt vor einem prüfenden Blick nicht einen Augenblick stand. Sie wird schwerlich vor den Gerichten standhalten, wenn über die Rechtsgültigkeit der während der Zeit vom 3. Januar bis 8. Februar vorgenommenen Zwangsmaßnahmen Befunden wird.

### Wie sieht es in Rußland aus.

Zu diesem vielumstrittenen Thema sind in der letzten Zeit neben allerlei verdächtigen oder direkt als Lügen erkennbaren Meldungen aus bürgerlicher Quelle, die von Einführer der 12stündigen Arbeitszeit und der Abschaffung der Sonntagsruhe zu berichten wußten, einige Beiträge von Sozialisten, die die russischen Dinge mit eigenen Augen gesehen haben, zu verzeichnen, die unsre Aufmerksamkeit verdienen. Vor allem aber sind Dokumente zu beachten, die von der Sowjet-Regierung selbst stammen. Ein sehr wichtiges sind die Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands über die Mobilisierung des industriellen Proletariats und die Militarisierung des Wirtschaftslebens, über die Trotzky auf dem 3. allrussischen Wirtschaftskongress am 24. Januar 1920 zu Moskau Bericht erstattete.

In diesen Thesen wird einleitend ausgeführt, daß die infolge des Krieges vollkommen desorganisierte Produktion, der die Grundelemente, technische Hilfsmittel, Rohmaterialien, vor allem Arbeiter und Heizstoffe fehlen, bei der Ausichtslosigkeit, von auswärtigen Maschinen, Kohle und qualifizierten Arbeiter in größerem Maßstabe zu bekommen, nur durch Organisation, Verteilung und zweckmäßige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft wieder gehoben werden könne. Dann heißt es weiter:

Zu diesem Zwecke ist es notwendig, die gelehrten und qualifizierten Arbeiter zu sammeln, sie nach und nach aus der Armut, aus den Sowjetorganen hinter der Front, selbst aus den Sowjetwirtschaften und Kommunen, aus der Heimindustrie, aus den Dörfern, vor allem aus dem noch bestehenden Privathandel zurückzuführen. Um die qualifizierten Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen, muß für die Besserung ihrer Lebens- und Wohnungsverhältnisse gesorgt werden. Ferner müssen die Gewerkschaften so organisatorisch zu beeinflussen suchen; wo all das nicht nützt, muß zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden.

Die Durchführung dieser Maßnahmen, wie überhaupt jeder Arbeit, die die Entwicklung der Industrie fördert, kann nur dann ernste positive Resultate zeitigen, wenn die Gewerkschaftsverbände zur Organisation und über einen festen Bestand von zuverlässigen und verantwortungsvollen Arbeitern verfügen, die imstande sind, eine eiserne Arbeitsdisziplin durchzuführen.

Gleichzeitig müssen in großem Maßstabe Maßnahmen zur sachmännlichen Ausbildung der heranwachsenden Jugend (von 14 Jahren an) getroffen werden, damit späterhin für Erwerb der qualifizierten Arbeiter gesorgt ist.

Die wirtschaftlichen Bedingungen erfordern Menschenmaterial, mehr als irgendwann, so daß auch ungelernete Arbeiter, d. h. die Bauern, zur Industrie- und Transportarbeit herangezogen werden müssen.

a) In mechanischen Arbeitsmitteln ist Rußland jetzt außerordentlich arm. Die Maschinen sind abgenutzt und können nur in geringem Maßstabe renoviert werden. Der kommende Aufschwung der Produktion wird — infolge des großen Mangels an Maschinen — in vielen Industriezweigen die Notwendigkeit der außerordentlich gesteigerten Anwendung von menschlicher, hauptsächlich ungelerneter Arbeitskraft erfordern.

b) Das Fehlen und Mangel an Holz, das noch lange den größten Teil des Bedarfs an Baumaterial zu decken haben wird, die Gewinnung von Torf und Schiefer in Mengen, wie sie nie zuvor gebraucht worden sind, schließlich die wieder aufgenommenen angespannte Arbeit in den Kohlen-, Naphtha- und Erzbezirken erfordert, neben den qualifizierten, eine große Menge von ungelerneten Arbeitern.

c) Die Arbeit in den Sowjetwirtschaften (hier scheinen die landwirtschaftlichen Betriebe gemeint zu sein. Red. d. L. V.), vor allem aber in den durch den Bürgerkrieg verwüsteten Gegenden, wird die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, nach Dauer- wie auch nach Saisonarbeitern, ungeheuer steigern. d) Vorübergehende Saison- und Hilfsarbeiten, z. B. das Schneeschmelzen, der Paradenbau, die Wiederherstellung und Ausbesserung von Brücken und Verkehrswegen, werden ebenfalls viel Arbeitskräfte erfordern.

Die Versorgung der Industrie, des Transports und überhaupt des Wirtschaftslebens mit notwendiger Arbeitskraft kann nur unter Durchführung der Arbeitspflicht gesichert werden.

Im Uebergangsstadium der Entwicklung einer Gesellschaft, die das Erbe einer schweren Vergangenheit angetreten hat, ist der Uebergang zu einer planmäßig organisierten gesellschaftlichen Arbeit unentbehrlich ohne die Anwendung von Zwangsmassnahmen, so in bezug auf Elemente, die ein Parasitenleben führen, wie auch in bezug auf zurückgebliebene Elemente des Bauerntums und der Arbeiterklasse. Das Zwangsmittel, über das der Staat verfügt, ist seine militärische Macht. Folglich ist die Militarisierung der Arbeit in diesem oder jenem Maße, in dieser oder jener Form — eine dringende Notwendigkeit für jede Uebergangswirtschaft, die auf dem Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht aufbaut ist.

Zwangsmassnahmen werden um so weniger Anwendung finden, je mehr sich das System der sozialistischen Wirtschaftsordnung ent-